

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Joschka von Bismarck

Weltpolitik ist eine Nummer zu groß für die Deutschen

* Josef Joffe*

Es gab schon mal einen "ehrlichen Makler" in Berlin. Er hieß Otto von Bismarck und lud im Sommer 1878 zum Berliner Kongress. Die Parallelen zu Joschka Fischer sind verblüffend. Damals ging es wie heute um die gefährlichste Ecke der Weltpolitik: Auf dem Balkan drohte Krieg zwischen England, Österreich und Russland, in der Levante standen Israelis und Palästinenser kurz davor. So wenig wie Fischer hatte Bismarck die Idee selbst ausgebrütet; der Anstoß kam damals von den Russen, heute von Jassir Arafat. Und gejubelt wurde leise. Wir können nur verlieren, notierte Bismarck, weil "keiner die Unterstützung bekommen würde, die er von uns erwartet". Fischer bemühte sich heftigst, Erwartungen gar nicht erst sprießen zu lassen.

Recht so, und nicht nur, weil für Arafat und den israelischen Außenminister Peres gilt, was Bismarck über den Briten Disraeli und dessen Widersacher Gortschakow zu sagen hatte: Beide seien "gleichermaßen von gefährlicher Eitelkeit" geprägt. Heute geht die Sache tiefer. 1878 war der große Krieg von 1914 noch weit weg. Jetzt ist er schon da - siehe die mörderische Eskalation in dieser Woche. Damals hatten sich Briten und Russen schon geeinigt, bevor sie Bismarck beehrten, heute aber wollen die Nahost-Krieger erst den Willen der anderen Seite brechen. Nur die Erschöpfung wird sie wieder an den Verhandlungstisch treiben. Fischer hätte sich länger zieren müssen - wie Bismarck, der dem Drängen der Russen erst nach zwei Jahren

nachgab.

Natürlich wäre Berlin 2001 ein hübscher Coup, zum Nutzen Deutschlands wie zum Frommen Fischers. Aber noch sind Bismarcks Schuhe zu groß für seine Erben. Das Land ist weder strategisch noch gesellschaftlich auf die Rolle vorbereitet, die andere ihm zutrauen. Umringt von mächtigen Gegnern, musste das Reich Große Politik betreiben. Aber heute? Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland umzingelt nur von Freunden; es geht nicht mehr um Existenzielles, sondern um Bosnien, Kosovo, Mazedonien - um Gewissens-, nicht Interessenkriege.

Zudem ist eine Doppel-Lektion nachgerade genetisches Programm der Deutschen geworden. Alleingänge, Großmannssucht endeten ein jedes Mal in noch größerem Desaster: von Wilhelm bis Adolf. Das Gegenteil aber, Bescheidenheit im europäischen wie im atlantischen Verbund, geriet zur Erfolgsstory sondergleichen. Für die Bundesrepublik wurde wahr, was Bismarck nur behaupten konnte: dass Deutschland keine weiteren Ambitionen habe, dass es "saturiert, konservativ und friedlich" sei. Warum also ein neues Skript?

Die Frage drängt sich umso mehr auf, als die Gesellschaft dieses Landes nicht gerade einem neuen "Platz an der Sonne" entgegenfiebert. Eine klare Mehrheit hat sich gegen den Einsatz in Mazedonien ausgesprochen - wie im Falle Bosnien und Kosovo. Was könnte die Befindlichkeit der

Deutschen besser plakatieren als ein planschender Verteidigungsminister auf Mallorca, derweil sein Kanzler die Bataillone im Bundestag sammeln muss und der Außenminister in Nahost Mission: Impossible probt? Ein glückliches Land, dessen Verteidigungschef baden geht.

Eine politische Kultur, in der 500 Soldaten für Mazedonien zur Quälerei geraten, ist für die Große Politik nicht gerüstet. Sich über die Neue Nüchternheit zu mokieren wäre aber ebenso deplatziert, wie neidvoll auf die Freunde zu zeigen. Mag sein, dass sich Amerika, England, Frankreich noch einen Rest von Kriegerethos bewahrt haben. Doch auch dort, wie in jeder postmodernen Demokratie, herrscht das Zinksarg-Syndrom. Warum Opfer für andere bringen, wenn das "nationale Interesse" (gibt's das noch?) so diffus und abstrakt ist? Die Barbaren stehen nicht vor den Toren, der Verteidigungsfall ist nicht gegeben.

Zupfen am deutschen Ärmel

Wenn da bloß nicht all die anderen wären, die immer insistierender am deutschen Ärmel zupfen, die Palästinenser und die Mazedonier, die Nato und die EU. Welch Ironie: Früher drängelten die Deutschen, jetzt werden sie gedrängelt. Und Fischer kontert zu Recht: "Wir sind wieder wer!` gibt's mit mir nicht." Was dann, wenn "Joschka Bismarck" eine Nummer zu groß, wenn "Reingehen und draufhauen" gar eine Un-Nummer ist? So schwer ist die Antwort nicht.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Wer nur von Freunden umzingelt ist, muss darauf achten, dass die Freundschaft hält. Genauer: Wer in der Gemeinschaft so gut gefahren ist wie die Deutschen, sollte dieses Kapital hegen und mehren. Dazu gehören die EU und das Bündnis, und zur Nato gehört Amerika, auch wenn der Egoismus der Bushisten dort, ein neuer Anfall von Anti-Amerikanismus hier die Pflegearbeit nicht einfacher machen. Wer aber in Amerika das "Un-Europa", den neuen Gegner, zu sehen wünscht, muss zuvor erklären, wie es ohne die Amerikaner geht: bei der Polizeiarbeit auf dem Balkan, der Absicherung des Freihandels, der Stabilisierung des Weltwährungssystems, ja selbst beim Klimaschutz. Verärgerung ist verständlich, Verachtung ist töricht. Auch George W. wird lernen, dass Amerika die Nummer eins nur bleiben kann, wenn es die Interessen der anderen mitdenkt.

Das gilt auch für die unwillige Nummer eins in Europa, die Deutschen - und zwar von der Oder bis zur Drina. Nicht um sonore Appelle an die Verantwortungspflicht der Mächtigen geht es, sondern um schieres Eigeninteresse. Was hilft's, wenn Europa sich im Westen verfestigt, derweil es im Osten verzweifelt und weiter im Südosten

vor die Hunde geht? Die deutschen Bauern zu schützen ist gut, die Polen ins EU-Zelt zu holen noch besser. Dass aus der Armutsgrenze Oder ein normaler europäischer Fluss wird, muss ein europäisches, vor allem ein deutsches Projekt sein.

Dito der Balkan. Es ist ja richtig, dass diese Unglücksregion seit Bismarcks Zeiten quält. Aber Indifferenz ist keine Alternative. Wo Konflikte schier unlösbar sind, müssen sie eingedämmt werden, damit sie nicht die Insel der Seligen zwischen München und Madrid überfluten, sei's durch Flüchtlingsströme oder einen größeren Krieg. Bei allem Widerwillen haben die Deutschen das kapiert, zum Schluss auch die Merkelianer. Nur möge man sich nichts vormachen: Mazedonien ist kein Septemberausflug, und es wird auch noch mehr Tote geben. Das Wahlvolk darauf vorzubereiten wäre ein Stück Staatskunst, mit dem Schröder und Fischer noch nicht brilliert haben.

Nahost? Hier kann Berlin allenfalls gute Dienste leisten, mehr nicht. Sollten Peres und Arafat demnächst dennoch in Berlin einlaufen, dürfte das Medienspektakel bloß die absurde Kulisse für einen Krieg abgeben, der tagtäglich grausamer wird. Erst wenn jede Seite begreift,

dass sie die andere weder vertreiben noch unterwerfen kann, könnte die Stunde der deutschen Außenpolitik schlagen. Denn Fischer ist der einzige EU-Außenminister, dem Israelis wie Palästinenser vertrauen. Er kann wie Bismarck sagen: Wir haben "keine direkten Interessen in der orientalischen Frage".

Grundsätzlich: Früher haben die Großen beherrscht und erobert, heute geht's für eine liberale Demokratie wie die deutsche um das Justemilieu, das richtige Umfeld, wo Schrecken wie "Säuberung" und Tyrannei gebannt werden, damit die liberale Demokratie eine Chance erhält. Selbstbezogenheit dient diesem Interesse nicht, gute Worte und gutes Geld reichen nicht, wenn die Barbaren wie in Mazedonien schon wüten. Deshalb hat der Bundestag richtig entschieden.

Sagen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Artikel unter

www.zeit.de/2001/weltpolitik

Mittelgrosser Aussenminister, ganz grosse Welt: ",Wir sind wieder wer! gibt's mit mir nicht" /